

UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT

UWG: Freie Bürger

STADT ECHO



„Haus des Wissens“:

Ausgabe Sommer 2021

Ganzheitliche Perspektiven für Wattenscheid Mitte:



Konzertmuschel im Stadtpark:



Ratsentscheid Ecosoil gegen BV Nord:



Verkehrssituation an der Tenthoffstraße:



In Höntrop läuft nichts rund:



Inhalt

Einleitung	03	Meldungen	20
Wattenscheid Mitte	04	<ul style="list-style-type: none">• Rechtsstreitigkeiten stören die Arbeit des Rates• Bochum hat nun elf Organspendeausweis-Boxen• Klassencontainer an Grundschulen• Fördervereine und die Digitalisierung an Schulen• Verkehrssituation an der Tenthoffstraße• „Tausend Bänke Programm“ erweitern• Umsiedlung des KGV Thiemannshof• Übervolle Abfallbehälter in Bochum Nord	
Konzertmuschel im Stadtpark	06	„Haus des Wissens“ bezahlbar?	24
Entsorgung von Elektrokleingeräten	07	Abfalleimer beschaffen	25
Pandemie verändert Wohnbedarfe	08	Beitritt zum Städtebund „Die Hanse“	26
Wilhelm-Leithe-Weg-Süd nicht bebauen ..	09	Finde den Fehler	27
Übermittlungsfehler bei Kommunalwahl..	10	Kontakt	28
UWG: Freie Bürger Personalia	12		
In Höntrop läuft nichts rund	14		
Großküchen-Projekt Bochum Nord	16		
Ratsentscheid Ecosoil gegen BV Nord	17		
Klaus-Peter Hülder verabschiedet sich	18		
Zankapfel Berliner Straße	17		

UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT

UWG: Freie Bürger

Ihre
politische
Stimme
vor Ort!

Unabhängig & bürgernah
für unsere Stadt! ✓

Impressum

Herausgeber:

Unabhängige Wähler-Gemeinschaft
UWG: Freie Bürger

Tel.: (0234) 910-1983

Mail: info@uwg-freie-buerger.de

Layout/Satz:

unitad werbeagentur, Bochum

Anschrift der Redaktion:

Stadt Echo c/o
UWG: Freie Bürger
Otto-Brenner-Straße 25
44866 Bochum-Wattenscheid

Bilder:

UWG: Freie Bürger, Jens Lücking,
Ulli Engelbrecht, Stadt Bochum
Presseamt, WasserWelten Bochum
GmbH, Pixabay, IStock

Druckauflage: 10.000 Exemplare

Erscheinungsweise: 1/4 jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe. Die Redaktion behält sich vor, Beiträge und Zuschriften zu kürzen. Alle Angaben ohne Gewähr. Für Essays und Gastbeiträge übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Gedruckt auf Recyclingpapier weiß (Blauer Engel, FSC)

HINWEIS zu „Keine Werbung einwerfen“

Parteizeitungen oder Gratis-Anzeigenblätter dürfen trotz „Keine Werbung“-Aufkleber eingeworfen werden. Sie enthalten redaktionelle Inhalte, gelten daher NICHT als Werbung. Hier hilft nur schriftlicher Widerspruch. (Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 1988 (Az. VI ZR 182/88))

STADT ECHO

Liebe Leser*innen,

pandemiebedingt hat es leider eine Weile gedauert, doch nun liegt unser aktuelles „StadtEcho“ vor. Unsere politische Arbeit für Bochum und Wattenscheid haben wir in diesen Zeiten allerdings konsequent fortgesetzt. Nach wie vor steht fest: Viele Probleme in unserer Stadt werden von der Verwaltung ignoriert, ausgesessen oder weitergeschoben, es läuft nichts richtig rund. Die Themenvielfalt in unserer Broschüre, die Sie nun in Händen halten, belegt dies.

Dass ein Ratsentscheid die Kompetenz einer Bezirksvertretung, die die Interessen der Bürger*innen vertritt, aushebelt, ist ein Verfall der guten Sitten. Trotz großer Bedenken und erheblicher Verkehrsproblematik wurde mehrheitlich die Ansiedlung des Bodenaufbereiters Ecosoil im Bochumer Norden beschlossen. Solch eine erzwungene Politik tragen wir nicht mit.

Ebenso werden wir uns beim „Haus des Wissens“ detailliert mit den Zahlen und der Wirtschaftlichkeit beschäftigen müssen. Es kann nicht sein, dass ein 100-Millionen-Großprojekt durchgeboxt werden soll, während aktuell die Fördervereine an den Schulen zusätzliche Gelder für digitale Infrastrukturen akquirieren müssen, dass zudem viele Schulgebäude marode sind und einer Sanierung bedürfen, dass allein 3 Mio. € zur Sanierung der Waldbühne in Wattenscheid fehlen.

Nur mit Mut und passgenauen Strategien kann Wattenscheid Mitte zukunftsträchtig weiterentwickelt werden. Dass dabei auch die Sozialstruktur berücksichtigt werden muss, steht für uns außer Frage. Um die angespannte Parksituation am Höntroper S-Bahn-Haltepunkt anzugehen, stehen schon lange vernünftige Vorschläge im Raum, die auf Umsetzung warten. Ärgerlich ist auch, dass die Schrott-Häuser in der Emilstraße immer noch stehen, obwohl die Bezirksvertretung Wattenscheid durch Beschluss die Verwaltung beauftragt hat, die ehemaligen Flüchtlingsunterkünfte unverzüglich durch die Zentralen Dienste abreißen zu lassen. Dies alles sind unsere Themen, auf die wir im „StadtEcho“ ausführlicher eingehen, weil sie bei den Bürger*innen für heftige Diskussionen sorgen.

Nehmen Sie sich Zeit beim Lesen. Dazu wünsche ich Ihnen viel Spaß. Und noch dies: Sie können bei uns mitmachen. Bochum und Wattenscheid brauchen eine starke Opposition. Seien Sie mit dabei!

*Herzliche Grüße, ihr Hans-Josef Winkler,
Ratsmitglied und Vorsitzender der Wählervereinigung*



Wattenscheid Mitte: Es müssen ganzheitliche Perspektiven entwickelt werden

Nur mit Mut und passgenauen Strategien
kann Wattenscheid entwickelt werden



„Es ist gut, dass Wattenscheid nun 200.000 Euro an Fördergelder bekommt, um Leerstände anzumieten. Allerdings müssen ganzheitliche Nutzungsperspektiven her. Das ist das Hauptproblem, das vor allem jetzt und vordergründig gelöst werden muss“, sagt Hans Josef Winkler, Vorsitzender der UWG: Freie Bürger Bezirksfraktion.



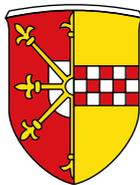
„Die Wattenscheider Innenstadt hat schon lange als Ort des traditionellen Handels an Bedeutung verloren. Der Strukturwandel im Einzelhandel, der zunehmende Verlust inhabergeführter Einzelhandelsgeschäfte und das veränderte Einkaufsverhalten gefährden Attraktivität, Lebendigkeit und Abwechslungsreichtum“, ergänzt Katja Kanthack

„Es hat sich aber auch ein gesellschaftlicher Wertewandel vollzogen, der dem Konsum neben der materiellen Bedeutung auch zunehmend einen immateriellen Erlebniswert beimisst. Diesem Trend wurde leider zu wenig Beachtung geschenkt. Das soll kein Vorwurf sein, sondern eine Feststellung“, sagt Katja Kanthack von der UWG: Freie Bürger und ebenfalls Mitglied der Watten-

scheider Bezirksvertretung. „Wir weisen auch seit Jahren darauf hin, dass zudem die Sozialstruktur in Wattenscheid Mitte dafür mitverantwortlich ist, dass es an genügend Kaufkraft mangelt. Ein integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) für die Wattenscheider Innenstadt wird daher nicht wirklich Abhilfe schaffen.“



Es brauche Mut, passgenaue Strategien für Wattenscheid zu entwickeln. Mut, auf eine neue Nutzung der Einzelhandelsflächen zu setzen. Kanthack: „Einen guten Ansatz stellte 2018 das Forschungsprojekt ‚Urbane Produktion‘ an der Hochstraße vor. Die Urbanisten stellten sich die Frage, wie Stadtviertel der Zukunft aussehen könnten. Durch technische Entwicklungen, wie zum Beispiel dem 3-D-Druck, entstünden neue Fertigungsmöglichkeiten, die auch in neue Wirtschaftszweige münden können. Junge Gründerfirmen beschäftigen sich zum Beispiel mit dem Upcycling, stellen aus Rest- und Altholz Möbel, Leuchten oder Wohn-Accessoires her. Leider fehlte diesem Ansatz der inklusiven Stadt, einem Mosaik aus unterschiedlichen Arbeitswelten, Wohnlandschaften und Lernarenen, die notwendige nachhaltige und öffentliche Akzeptanz.“



Zum Beispiel stellten sie in ihren Untersuchungen auch fest, dass Bochum, als Stadt des „produktiven Wissens“, sehr gut aufgestellt und offen für die Zukunft sei.

Allerdings sei es nicht die digitale Bohème, die in der Stadt Arbeitsplätze schaffen würde, und auch nicht die Kreativwirtschaft.

Winkler: „In den Metropolen würden mehr Betriebe im verarbeitenden Bereich gegründet als in anderen Regionen, Unternehmen im Lowtec-Bereich hätten den größten Anteil an industriellen Neugründungen. Das ist eine Chance für Wattenscheid und Bochum, da hier die Leerstände neu belebt werden könnten. Dazu gehört aber auch – Stichwort: Erbaurecht – ein völlig neues Konzept, um mit Eigentümern und Immobilienverwaltungen ins Gespräch zu kommen.“

Konzertmuschel im Stadtpark für Kulturschaffende freigeben

Für Musikdarbietungen, Lesungen u.v.m.



Die Konzertmuschel im Stadtpark sowie der sich anschließende Freibereich – in früheren Zeiten ein Besuchermagnet – wird offensichtlich seit langen Jahren nicht mehr für Veranstaltungen genutzt. „Das Bauwerk aus dem Jahre 1914, zuletzt saniert 1988, verfügt über eine große Bühne und würde gerade jetzt in der Corona-Pandemie-Zeit eine ideale Open-Air-Perspektive für zahlreiche Bochumer Kulturschaffende bieten, in den Frühlings- und Sommermonaten Musikdarbietungen, Lesungen und vieles mehr unter entsprechenden Hygienbestimmungen durchzuführen zu können“, sagt Hans-Josef Winkler von der UWG: Freie Bürger und hat jetzt eine entsprechende Anfrage in den Ausschuss für Planung und Grundstücke eingebracht.

Unter anderem bittet er um Auskunft, wie es um die Eigentumsverhältnisse bestellt ist. Und er bezieht sich zusätzlich auch auf die angrenzende Gastronomie im Park, die ebenfalls im Dornröschenschlaf liegt. „Befinden sich die Konzertmuschel, Freifläche und Gastronomie überhaupt im Besitz der Stadt Bochum? Und wenn nicht, wurden mit dem neuen Eigentümer bereits Gespräche geführt, bzw. gibt es einen Plan, wie Konzertmuschel und Gastronomie zukünftig langfristig genutzt werden könnten? Gibt es bereits Überlegungen, gemeinsam mit Bochumer Kulturtreibenden ein grundsätzliches Konzept für den Spielort Konzertmuschel zu erstellen?“ Die Konzertmuschel, so Winkler, könne überdies auch im Rahmen der Veranstaltung „700 Jahre Stadt Bochum“ oder durch Veranstaltungen von Bochum-Marketing bespielt werden. Der angrenzende Freibereich biete zudem viel Raum,



um auch hier – den Bestimmungen entsprechend – dem Publikum mit notwendigem Abstand Platz anbieten zu können. Bei einer Nachfrage in den Sozialen Medien habe sich eine hohe Mehrzahl von Bochumer Kulturanbietern für eine Nutzung ausgesprochen. „Es gab in diesem Zusammenhang auch Kritik in Richtung Stadtverwaltung, weil in der Vergangenheit entsprechende Vorschläge und Ideen zur Wiederbelebung der Spielstätte nicht oder nur ungenügend – vor allem auch im Hinblick auf die Zuständigkeit – beantwortet worden seien“, sagt Claudia Bolesta, sachkundige Bürgerin und Mitglied im Ausschuss für Kultur und Tourismus.

Aktuell sind innerhalb der Konzertmuschel großflächige Brandspuren zu sehen und am Bauwerk selbst zeigen sich diverse Schäden. Auch ist die Freifläche teilweise mit dichtem Strauchwerk überwuchert.

Entsorgung von Elektrokleingeräten vereinfachen

Pilotprojekt zum einfacheren Zugang zur Entsorgung von Elektrokleingeräten



„Der USB wird damit beauftrag, an drei Containerstellplätzen das Angebot um einen Container für Elektrokleingeräte zu ergänzen. Das Pilotprojekt, mit einer Laufzeit von einem Jahr, soll den Bürger einen einfacheren Zugang zur Entsorgung von Elektrokleingeräten ermöglichen“, so lautete der Text in unserem Antrag den wir in den Ausschuss für Umwelt, Nachhaltigkeit und Ordnung, der am 3. Februar tagte, eingebracht haben.

„Eine Entsorgung von Elektrokleingeräten über die Restmülltonne ist aus triftigen Gründen ausdrücklich nicht gestattet“, sagt Ratsmitglied Hans-Josef Winkler, der auch Mitglied im Umwelt-Ausschuss ist. „Die Verbraucher sind verpflichtet, die Geräte separat vom Hausmüll zu entsorgen. Allerdings ist die lange Anfahrt zu einem Wertstoffhof aus ökologischer Sicht nicht immer zu empfehlen. Da macht es durchaus Sinn, entsprechende Sammelbehälter aufzustellen.“

Elektrokleingeräte, so Winkler, seien zum Beispiel: Küchengeräte (Mixer, Toaster, Eierkocher), Geräte zur Körperpflege (elektrische Zahnbürsten, Föhn, Rasierer), Werkzeuge (Bohrmaschinen, Akkuschauber, Heckenscheren), Computer und Zubehör (Tastaturen, Maus, diverse Kabel), Unterhaltungselektronik (Spielekonsolen, Radios, Kopfhörer, DVD-Player), Telefone und Handys (ohne Akku). Winkler:



„In den ausrangierten Elektrogeräten stecken wertvolle Rohstoffe. Durch einen einfacheren Zugang zu Entsorgung kann die Sammelquote der vielen Elektrokleingeräte erhöht und das hohe Recyclingpotenzial dieser Geräte kann so weiter optimiert werden.“ Viele Städte, darunter Münster, Bremen oder Hamburg, haben bereits Container für die Entsorgung von Elektrokleingeräten bereitgestellt. Welche Gegenstände eingeworfen (und nicht eingeworfen) werden dürfen, könnte über entsprechende Aufkleber und Piktogramme auf den Containern gekennzeichnet werden.

*Bild: So sehen die Sammelbehälter für die Elektrokleingeräte-Entsorgung in Hamburg aus.
Foto: UWG: Freie Bürger*

Die Pandemie verändert Wohnbedarfe



Sind 800 Wohnungen jährlich notwendig?



„Wir hinterfragen die von Oberbürgermeister Thomas Eiskirch vorgegebene Zahl von mindestens 800 benötigten Wohnungen jährlich, da es dafür bisher keine empirische Grundlage gibt, und fordern eine Prüfung des Istzustandes im Bochumer Wohnungsmarkt“, betont Hans-Josef Winkler von der Ratsfraktion der UWG: Freie Bürger.

Außerdem, so Winkler, gebe es aktuell weitere Gründe, diese Zahl anzuzweifeln. „Die Corona-Pandemie hat die Prioritäten für Wohnraum verändert. Immer mehr Menschen aus dem Ruhrgebiet suchen in ländlichen Regionen nach Wohnraum. Die neue Sehnsucht nach Grünflächen ist ein Luxus, den Großstädte kaum noch erfüllen können.“ Nach Angaben des Portals „ImmobilienScout24“ steige die Nachfrage nach Häusern in ländlichen Gebieten im Mai 2020 im Vergleich zum Vorjahr um bis zu 50 Prozent. Das Portal habe darauf geschaut, wie viele Anfragen Immobilienverkäufer für ihr Objekt bekamen.

Winkler: „Die Pandemie zwingt die Menschen dazu, zu Hause zu bleiben – eine Tortur, die in vielen Fällen durch das Fehlen von Gärten oder Balkonen verschlimmert wurde, insbesondere für Familien mit Kindern. Und diejenigen mit Gärten oder Balkonen erkannten, wie nützlich es ist, gerade jetzt einen eigenen Freiraum zu haben. Darauf wollen sie auch in Zukunft nicht verzichten.“ Auch die Flexibilität der Arbeit von zu Hause aus beflügelt Arbeitgeber und Arbeitnehmer, Home-Office-Arbeit könnte zukünftig zum neuen Standard werden.

All dies und noch einiges mehr hat die Ratsfraktion in ihrer Anfrage formuliert, die dem Ausschuss für Planung und Grundstücke vorliegt. „Wir möchten gerne klären, inwieweit der Verwaltung dieser Trend bekannt ist und ob die aktuellen Entwicklungen Einfluss auf die im Handlungskonzept Wohnen dargestellten Ziele und Maßnahmen haben. Kurzum: Ist das 800-Wohnungen-Projekt überhaupt noch realisierbar und zielführend?“ Durch die Pandemie könne es auch sein, glaubt Ratsmitglied Hans-Josef Winkler, dass Neuansiedlungen von Unternehmen ausbleiben und in der Folge keine weiteren Arbeitsplätze angeboten werden, sodass die Einwohnerzahl nicht weiter wachsen, sondern eher stagnieren wird. „Hinzu kommt, dass durch die Corona-Krise bestehende Arbeitsplätze in Bochum und Wattenscheid wegbrechen werden und den Menschen dann das Geld fehlt, um hochpreisige Neubauwohnungen bezahlen zu können. Wir befürworten ein Gesamtkonzept, das unter anderem auch die Sanierung von Altbauten vorsieht. Bei allen Überlegungen ist jedoch die Ausweitung des Sozialwohnungsbestandes anzustreben. Und: Wohnen muss bezahlbar bleiben.“

Wilhelm-Leithe-Weg-Süd nicht bebauen!



UWG: Freie Bürger lehnen Wohnbebauung südlich des Wilhelm-Leithe-Wegs ab

Die Wattenscheider Bezirksfraktion der UWG: Freie Bürger lehnt die Bebauung am Wilhelm-Leithe-Weg im Zuge der Gestaltung des neuen Bahnhofquartiers Wattenscheid ab.

Hans-Josef Winkler, Vorsitzender der Bezirksfraktion: „In der Sitzung der Bezirksvertretung vom 30. Mai 2017 haben wir über die Baulandentwicklung im Bereich Wilhelm-Leithe-Weg Süd und Nord zugestimmt, aber wiederholt darauf hingewiesen, dass eine neue Wohnbebauung in diesem Gebiet optisch und städtebaulich ansprechend sein muss und dass sie sich harmonisch in die bestehende Bebauung einfügt.“

Die Bebauung des Gebietes sei eine Chance für die positive Entwicklung des Stadtteils Westenfeld, des gesamten Bahnhofsbereichs und nicht zuletzt für die Wattenscheider Innenstadt. Dies sei ausschlaggebend gewesen für die Zustimmung der **UWG: Freie Bürger**. „Unsere Fraktion“, so Winkler, „wird sich in den weiteren Verfahren dafür einsetzen, dass nördlich des Wilhelm-Leithe-Wegs eine maßvolle Mischbebauung für Wohnen und Gewerbe unter Einbeziehung der Anwohner stattfindet. Eine Bebauung südlich des Wilhelm-Leithe-Wegs lehnen wir aus heutiger Sicht ab.“



„Aus unserer Sicht hat sich die Situation auf dem Bochumer Wohnungsmarkt durch die Corona-Pandemie verändert. Immer mehr Menschen aus dem Ruhrgebiet suchen in ländlichen Regionen nach Wohnraum. Die neue Sehnsucht nach Grünflächen ist ein Luxus, den Großstädte kaum noch erfüllen können. Homeoffice-Arbeit könnte zukünftig zum neuen Standard werden.“ Büros und Einzelhandel würden künftig in Wattenscheid und Bochum sicherlich weniger Flächen und Räume benötigen als in der Vergangenheit. Die Folgen: Nicht genutzte Ladenlokale und Büroräume werden in Wohnflächen umgewandelt.



Übermittlungsfehler bei Ergebnismeldungen der Kommunalwahl

Kritik am Umgang mit den Ergebnissen



„Der Umgang der Stadt Bochum mit den Ergebnissen der Kommunalwahl hat uns schon verblüfft“, sagt Ratsmitglied Tim Pohlmann von der Unabhängigen Wählergemeinschaft **UWG: Freie Bürger**. „Wir hatten in Wattenscheid ein drittes Mandat bei den ersten vorläufigen Ergebnissen nur um wenige Stimmen verfehlt. Durch den knappen Ausgang hätte das Wahlergebnis wesentlich beeinflusst und möglicherweise dem Wählerwillen nicht gerecht werden können.“

Exemplarisch hierfür verweist die **UWG: Freie Bürger** auf das Ergebnis des Stimmbezirkes 2703 (Höntrop-Süd/Sevinghausen), in welchem die **UWG: Freie Bürger** lediglich einen Stimmenanteil von 4,35 Prozent erhalten hat. Bei der AfD hingegen wurde ein Stimmenanteil von 10,70 Prozent festgestellt. In allen übrigen Wattenscheider Stimmbezirken war das Verhältnis nahezu umgekehrt.

Übertragungsfehler

Insbesondere bei den ausgezählten Briefwahlstimmen des Stimmbezirkes 9271 war das Verhältnis 14,5 Prozent für die **UWG: Freie Bürger** und 4,0 Prozent für die AfD. Dies legt die Vermutung nahe, dass die hier ausgezählten Stimmen falsch zugeordnet sein könnten. Fehler bei den übrigen Stimmbezirken seien daher nicht auszuschließen. Vor dem Wahlprüfungsausschuss erläuterte Ratsmitglied Jens Lücking den Antrag seiner Fraktion auf Neuauszählung: „2910 Stimmen konnten wir für uns verbuchen. Unterm

Strich hätten uns gerade einmal zwölf Stimmen gefehlt, um wieder drei Sitze in der Bezirksvertretung Wattenscheid zu stellen statt nur zwei.“

Tatsächlich aber habe es zwischen dem vorläufigen Ergebnis der Ratswahl und dem amtlich bekannt gegebenen Ergebnis keine erheblichen Abweichungen gegeben, teilte Wahlleiter und Stadtdezernent Sebastian Kopietz der **UWG: Freie Bürger** mit. „Es sind vor der Sitzung des Wahlausschusses alle Niederschriften geprüft worden. Dabei wurde lediglich in wenigen Fällen kleinere Rechen- oder Übertragungsfehler zwischen den zunächst telefonisch übermittelten und den dann in den Niederschriften dokumentierten Ergebnissen festgestellt. Dies wurde auch vom Wahlausschuss so festgestellt und beschlossen.“

Neuer Zuschnitt der Wahlbezirke

„Wir haben uns trotzdem dazu entschlossen, uns die Ergebnisse in allen Bochumer

Wahlbezirken noch einmal intensiver anzuschauen und waren irritiert, dass einzelne Stimmbezirke nicht mehr gelistet bzw. mit Briefwahlbezirken zusammengelegt worden waren, was sicherlich dem neuen Zuschnitt der Wahlbezirke geschuldet war. Allerdings hätten die Änderungen deutlich kommuniziert werden müssen. Das ist nicht geschehen. Eine substantielle Überprüfung war unter anderem somit wegen des Fehlens der Stimmanteile für uns nicht möglich“, so Tim Pohlmann.

Im Wahlprüfungsausschuss am 3.12.2020 berichtete das Wahlbüro in einer Präsentation über den Ablauf und die Ermittlung der Wahlergebnisse. „Allerdings fanden sich in dieser Präsentation falsche Zahlen für den Stimmbezirk 2404“, sagt Ratsmitglied Jens Lücking. „Es gab Abweichungen in den Zahlen der Schnellmeldung und denen in der Niederschrift. Und hier sprechen wir zum Teil parteiübergreifend von über 40 Stimmen bei einer Gesamtstimmenzahl von 335.“

Übermittlungsfehler

Die Verwaltung räumte ein, dass es Übermittlungsfehler gegeben hätte. Warum die im Rahmen der Prüfung der Niederschriften tatsächlich korrigierten Zahlen nicht in die Gesamtdaten übernommen wurden, könne letztlich nicht nachvollzogen werden. Es seien sowohl ein technischer Fehler der eingesetzten Software wie auch menschliches Versagen bei der Speicherung der Daten nicht sicher auszuschließen. Die Verwaltung weiter: „Sicherheitshalber wurden durch das Wahlbüro daraufhin sämtliche

Stimmbezirksergebnisse für den Stadtbezirk Wattenscheid noch einmal auf mögliche Übertragungsfehler überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass es sich bei diesem Fall eindeutig um einen Einzelfall gehandelt hat. Im Ergebnis wurde damit durch den Wahlausschuss bei der Feststellung des Gesamtergebnisses das nicht richtige Ergebnis für den Stimmbezirk 2404 mit beschlossen.“

Neuauszählung wurde abgelehnt

Der Rat folgte im Dezember der Einschätzung der Verwaltung und lehnte die von der **UWG: Freie Bürger** geforderte Neuauszählung ab. „Wir wollen aber nun kein großes Fass aufmachen, haben auch letztlich von einer Klage vor dem Verwaltungsgericht abgesehen. Wir leisten lieber politische Überzeugungsarbeit bei den Bürger*innen, um unsere Ziele durchzusetzen“, sagt Ratsmitglied Hans-Josef Winkler, der sich für die Zukunft allerdings mehr Klarheit und Transparenz innerhalb des gesamten Wahl-Prozederes wünscht. „Wir haben daraus gelernt, dass wir zukünftig noch deutlicher hinschauen werden.“



UWG: Freie Bürger in Rat, Ausschüssen und Gremien

Personalia



Legislaturperiode 2020-2025

Rat der Stadt:



Jens Lücking (Fraktionsvorsitzender)
Tim Pohlmann (stellv. Fraktionsvorsitzender)
Hans-Josef Winkler (stellv. Fraktionsvorsitzender)

Bezirksvertretung Wattenscheid:



Hans-Josef Winkler (Fraktionsvorsitzender)
Katja Kanthack (stellv. Fraktionsvorsitzende)

Bezirksvertretung Nord:



Hans-Friedel Donschen

Fachausschüsse



Haupt- und Finanzausschuss
Jens Lücking (mit Stimmrecht),
Vertretung: Tim Pohlmann, Hans-Josef Winkler



Ausschuss für Beteiligungen und Controlling
Karl Heinz Sekowsky (mit Stimmrecht)
Vertretung: Marcus Schulz, Peter Bonczek



Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Hans Josef Winkler (mit Stimmrecht),
Vertretung: Peter Bonczek, Frank Bieberschulte



Betriebsausschuss für die Eigenbetriebe
Susann Schaefer (mit Stimmrecht)
Vertretung: Tim Pohlmann, Karl-Heinz Sekowsky,
Hans-Josef Winkler



Ausschuss für Kultur und Tourismus

Claudia Bolesta (beratend)

Vertretung: Hans-Josef Winkler, Susann Schaefer



Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur

Manfred Seidel (beratend)

Vertretung: Jens Lücking, Hans-Friedel Donschen



Ausschuss für Planung und Grundstücke

Hans-Josef Winkler (mit Stimmrecht)

Vertretung: Tobias Schwesig, Marcus Schulz



Rechnungsprüfungsausschuss

Jens Lücking (beratend)

Vertretung: Hans-Josef Winkler, Tim Pohlmann



Ausschuss für Schule und Bildung

Tim Pohlmann (mit Stimmrecht)

Vertretung: Katja Kanthack, Alexandra Ordzischewski



Ausschuss für Sport, Bewegung und Freizeit

Tim Pohlmann (beratend)

Vertretung: Hans-Friedel Donschen, Manfred Seidel, Peter Mainka



Ausschuss für Strukturentwicklung, Digitalisierung und Europa

Karl Heinz Sekowsky (beratend)

Vertretung: Jens Lücking, Tim Pohlmann, Hans-Josef Winkler



Ausschuss für Umwelt, Nachhaltigkeit & Ordnung

Hans-Josef Winkler (beratend)

Vertretung: Anja Hagelganz, Katja Kanthack, Susann Schaefer

Gremien



Beirat für Frauen Geschlechtergerechtigkeit und Emanzipation

Jennifer Happe (mit Stimmrecht)



RFNP – Regionalen Flächennutzungsplan der Planungsgemeinschaft Städteregion Ruhr

(Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen)

Hans Josef Winkler



Aufsichtsrat Stadtwerke Bochum –

Jens Lücking



Aufsichtsrat Bochum Marketing –

Tim Pohlmann

Alle Kontaktdaten finden Sie auch im Internet: www.uwg-freie-buerger.de

Blick in den Stadtteil zeigt: „In Höntrop läuft nichts rund“

Kritik an OB Eiskirch und die Koalition



„In zahlreichen Gesprächen stelle ich fest: Das Vertrauen der Höntroper in den Oberbürgermeister der Stadt Bochum schwindet mehr und mehr“, sagt Hans-Josef Winkler, Fraktionsvorsitzender der UWG: Freie Bürger in der Bezirksvertretung Wattenscheid. Der Grund: „Viele Probleme werden von der Verwaltung ignoriert, ausgesessen oder einfach weitergeschoben. Und das ist verwunderlich, da der OB oft genug in Wattenscheid verkündet hat, wie sehr ihm der Stadtteil am Herzen liegt und wieviel Gutes hier nun passieren wird. Im Laufe der Jahre aber hat sich gezeigt: Wattenscheid steht offensichtlich nicht im Mittelpunkt der Politik von Thomas Eiskirch und der rotgrünen Koalition.“

„Es läuft doch tatsächlich nichts rund“, bekräftigt Winkler, selbst Höntroper, der die Situationen vor Ort gut im Blick hat. „Durch Sanierungsstau ist das Hallenfreibad seit 2016 nicht mehr betriebsbereit. Eine kurzzeitige Erfrischung war dort im Sommer 2018 möglich. Inzwischen wurden die maroden Gebäude zwar abgetragen, doch die Diskussionen über einen Neubau haben bisher zu keinem Ergebnis geführt.“ Ein weiterer Knackpunkt: Die Waldbühne Höntrop. „Im November 2019 wurde sie aus Sicherheits-

gründen gesperrt, obwohl sich im Frühjahr 2018 der neugegründete Kolping Waldbühnenverein e.V. ehrenamtlich mit viel Engagement und Billigung der Verwaltung einsetzte, um aus dem Kulturgut Waldbühne ein Schmuckkästchen zu machen. Leider wurde der Verein bei der Planung für eine weitere Vorgehensweise unverständlicherweise nicht eingebunden. Wann und ob die traditionellen Märchenspiele wieder stattfinden können, ist derzeit völlig ungewiss.“

Noch einmal der Südpark: „Vor zehn Jahren stand das Gehege mit Ziegen und Schafen neben dem Spielplatz vor dem Aus. Seitdem kümmert sich der Verein Tiergehege Südpark ehrenamtlich für den Erhalt des Geheges unmittelbar neben dem Spielplatz. Unterstützung von seiten der Stadt für den Unterhalt ist gleich Null. Und wenn man schon mal im Park unterwegs ist und dringend eine Toilette benötigt, steht man dumm da: Die gibt es nicht mehr.“





„Unsere Fraktion“, sagt Winkler, „hatte bezüglich der Parksituation am Höntroper S-Bahn-Haltpunkt In der Hönnebecke im November 2017 folgenden Vorschlag eingebracht: Die Stadt Bochum erwirbt von der Katholischen Kirche einen Teil des Grundstücks, auf dem sich u.a. das Jugendheim befindet, einschließlich des aufstehenden Gebäudes. Der Bolz-, Spiel- und Grillplatz wird von der Hönnebecke auf das städtische Grundstück an der Vincenzstraße verlegt. Das städtische Freizeithaus wird auf das Gelände des katholischen Jugendheims verlagert. Das dadurch frei werdende Gelände bietet genügend Fläche, um den bestehenden Parkplatz zu erweitern. Was ist seitdem passiert – nichts.“

„Die Schrott-Häuser in der Emilstraße stehen immer noch, obwohl die Bezirksvertretung Wattenscheid auf unserebn Antrag der **UWG: Freie Bürger** in der Sitzung vom 30.10.2018 durch einen Beschluss die Verwaltung dazu beauftragt hat, die ehemaligen Flüchtlingsunterkünfte Emilstraße 42, 46, 48 unverzüglich durch die Zentralen Dienste bzw. unter deren Aufsicht abreißen zu lassen. Auch für das Gelände Auf dem Esch, kurzzeitig waren auch hier Flüchtlingsunterkünfte aufgestellt, gibt es keine Idee aus



der Verwaltung, denn es rottet vor sich hin.“

Hans-Josef Winklers Liste der Versäumnisse ist lang, auf ihr steht auch, dass seit 2016 für Höntrop eine zusätzliche Kita im Gespräch sei, aber. „Konkrete Pläne hierzu sind der Öffentlichkeit noch nicht vorgelegt worden.“ Und der Bezirkspolitiker möchte auch nochmal an die gefährliche Verkehrssituation auf der

Höntroper Straße im Bereich Aldi erinnern, denn „hier lehnt die Verwaltung weiterhin den Wunsch der Bürger*innen strikt ab, die bestehende 30 Zone um einhundertfünfzig Meter zu verlängern.“

Das alles seien nur ein paar der wichtigsten Punkte, die für den steigenden Unmut sorgen. Winkler: „Ich sage es mal so: Der OB und seine Verwaltung scheinen in eine Art Schockstarre zu verfallen, sobald sich in Wattenscheid ein Problem auftut. Mit Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit hat das Verhalten wahrlich nichts zu tun.“



Großküchen-Projekt wirft viele Fragen zur Verkehrssituation auf

Hoher Fahrzeugeinsatz erwartet



„Dass unser Sprengel als Standort für den Bau einer Klinik-Großküche von den Krankenhausbetreibern Katholisches Klinikum und der Herner St.-Elisabeth-Gruppe, ausgewählt wurde, betrachten wir vor Ort eher skeptisch. Natürlich bedeutet das zwar wirtschaftliches Wachstum und Arbeitsplätze für die Stadt, aber unsere Begeisterung für diese Ansiedlung im Gewerbepark Gerthe Süd hält sich stark in Grenzen“, sagt Hans-Friedel Donschen von der UWG: Freie Bürger, der gemeinsam mit Steffen Walter von der FDP im Bochumer Norden eine Fraktion bildet.

Geplant ist die Belieferung von elf Krankenhäusern, Seniorenheimen, Hospizen und Bildungseinrichtungen. „Dafür wird aber eine geschickte Verteiler-Logistik benötigt, die sicherlich einen nicht zu vernachlässigen Fahrzeugeinsatz erforderlich macht“, merkt Donschen, Mitglied in der Bezirksvertretung Nord, an. Denn: „Die problematischen Verkehrsverhältnisse sind bekannt, daher stellen sich für mich viele Fragen, die ich vorab dringend geklärt haben möchte.“ So finden sich in der Anfrage der Fraktion essentielle Fragen: Gibt es einen detaillierten Zeit-Ablaufplan für den Fahrzeugeinsatz am Tag? Wie viele Fahrzeuge werden täglich zur Liefererfüllung aller Einrichtungen im Einsatz sein? Wurde oder wird ein Verkehrsgutachten erstellt? Ist ein Plan für die Lieferwege zu den Einrichtungen nach Witten, Herne, Wattenscheid, Hattingen vorgesehen?

„Die bisherigen Antworten darauf waren aber unzureichend“, sagt Donschen. „So wurde es zum Beispiel abgelehnt, ein Ver-

kehrsgutachten zu erstellen. Wir haben dann unsere Anfrage erweitert und möchten ganz klar wissen, wie bei dem bereits heute grenzwertigen Verkehrsaufkommen, besonders in den Morgenstunden, ein reibungsloser Liefer- und Durchgangsverkehr gewährleistet sein soll. Und dies auch noch unter Berücksichtigung der sehr engen Taktung der Straßenbahn (etwa alle 4 Minuten)? Ist die künftige Verkehrssituation mit der BOGESTRA überhaupt abgestimmt? Und: Sind die Linksabbiegespuren (Baumannstraße, Frauenlobstraße, Autobahnauffahrt nach Münster) für eine Aneinanderreihung der Lieferfahrzeuge geeignet, ohne den Durchgangs- und Abbiegeverkehr merklich zu behindern?“

Donschen: „Unser Stadtteil ist schon genug gestraft mit zunehmendem Verkehr, da müssen für die Zukunft gute und umweltverträgliche Lösungen diskutiert und vor allem dringend gefunden werden.“



Foto: Bochum Wirtschaftsentwicklung,
Hans Blossy, www.luftbild-blossy.de

Ratsentscheid zu Ecosoil hebt Kompetenz der Bezirksvertretung Nord aus

„Und wieder einmal ist kräftig an den Interessen der Bürger*innen und der Bezirksvertretung vorbei ein Entschluss gefasst worden“, ärgert sich Hans-Josef Winkler, Ratsmitglied der UWG: Freie Bürger. Grund: Der Rat der Stadt Bochum entschied sich in seiner letzten Sitzung mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, Grüne, CDU, FDP, AFD und die Partei/ Stadtgestalter für die Ansiedlung des Bodenaufbereiters Ecosoil im Bochumer Norden.

Winkler: „So kann man nicht miteinander umgehen, das ist ein Verfall der guten Sitten. Die Bezirksvertreter sind schließlich von den Bürger*innen gewählt, und sie sind damit ein wichtiger Faktor in der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, deren Entscheidungen ernst zu nehmen sind. Nach unserem Verständnis sind Bezirksvertretungen Garanten einer lebendigen lokalen Demokratie.

Sie sind die ersten Ansprechpartner für die Bürger*innen, wenn es im Stadtbezirk Probleme gibt. In der BV Nord reagieren die Mandatsträger auf das, was die Menschen bewegt: So auch auf die Ansiedlung von Ecosoil. Die Bezirksvertretung hat kein generelles Nein zu den Planungen ausgespro-

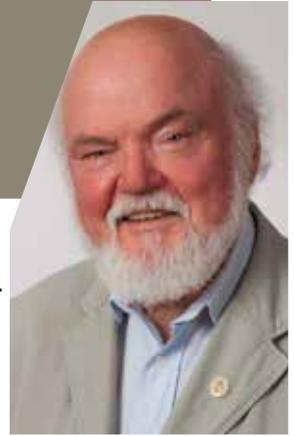
chen, sondern eine alternative Anregung, einen Bebauungsplan für ein Mischgebiet aus nicht störendem Gewerbe und Wohnen aufzustellen, ins Gespräch gebracht und am 10. November letzten Jahres mehrheitlich beschlossen. „Dieser Beschluss wurde nun einfach ignoriert.“

„Das Verkehrskonzept, das die BV Nord in Auftrag gegeben hatte, sieht keinen Raum für Zusatzverkehre vor, wie ihn Ecosoil benötigt. Die Belastungsgrenze für den Bochumer Norden ist erreicht. Die Stadt Castrop Rauxel hat mit Schreiben vom 12.05.2021 die Bochumer Verwaltung davon unterrichtet, dass sie die im Gutachten vorausgesetzte anteilige Verkehrslenkung über Castrop-Rauxel sowie die dargestellte Erschließung nicht mittragen wird.“

Die Ratsfraktion der UWG: Freie Bürger stellt sich in Sachen Ecosoil auf die Seite der Bürger*innen und der BV Nord. Wir werden auch über unser Mitglied in der BV-Nord, Hans-Friedel Donschen, das Mögliche und Machbare tun, um noch eine Ansiedlung von Ecosoil zu verhindern.“



UWG-Mitbegründer Klaus-Peter Hülder verabschiedet sich nach 51 Jahren aus der aktiven Politik



„Wattenscheid hat zwar seine Eigenständigkeit verloren, aber nie sein Gesicht“, sagt Klaus-Peter Hülder, „und die besondere Position unserer Stadt ist im politischen Bochum und bei der Bevölkerung immer akzeptiert worden.“

Das habe man – so seine Bilanz – über all die langen Jahre erreicht mit der Unabhängigen Wählergemeinschaft Wattenscheid (UWG-WAT). 1969 wurde der politische Gegenpol zu den etablierten Parteien von Hülder mitbegründet, der sich nun, nach 51 Jahren, aus der aktiven Politik verabschieden wird. „Mein letzter Auftritt wird am 27. Oktober in der Wattenscheider Bezirksvertretungssitzung sein.“ (Link zu seiner Abschiedsrede: <https://www.uwg-freie-buerger.de/ueber-uns/rede-huelder>)

Das kämpferische Erbe des am 4. Dezember 1942 in Wattenscheid geborenen Politikers, von Freunden „kphü“ genannt wird, lebt weiter. Im Mai 2018 trat die Wählergemeinschaft Freie Bürger Bochum der UWG bei, die sich seitdem als UWG: Freie Bürger positionieren konnte. „Es freut mich besonders, dass die Wählergemeinschaft für Bochum und Wattenscheid auch nach der letzten Wahl in den Rat der Stadt Bochum und im Bezirk Wattenscheid jeweils in Fraktionsstärke einziehen konnte. Das bietet viele Perspektiven der Arbeit, da man im Rat auch in den Fachausschüssen vertreten sein wird.“

„Ich werde ein kritischer Beobachter bleiben“

44 Jahre stand Klaus-Peter Hülder als Vorsitzender der Wählergemeinschaft UWG vor, 42 Jahre war er Mitglied der Bezirksvertretung Wattenscheid, 5 Jahre Mitglied im Wattenscheider Rat, 15 Jahre Mitglied des Bochumer Rates, zudem lange Zeit Bezirks- und Ratsfraktionsvorsitzender. „Ich mische mich nicht mehr ein, werde allerdings ein kritischer Beobachter bleiben“, sagt Hülder, der im Dezember 78 Jahre alt wird. Schon als 16jähriger, während seiner Schulzeit, habe er sich in einer Diskussionsgruppe mit politischen Fragen beschäftigt. „Ich

habe dabei immer deutlich gemacht, dass die Demokratie zu schützen ist und dass sie nur gestärkt werden kann, wenn sich möglichst viele Menschen am politischen Geschehen beteiligen.“ Er absolvierte eine Lehre als Industriekaufmann bei Krupp, trat der CDU bei, wurde mit 21 Jahren Vorsitzender der Jungen Union in Wattenscheid, ein Amt, das er bis 1969 innehatte. Querelen innerhalb der Partei veranlassten ihn, auszutreten und mit gleichgesinnten Freunden am 23. September 1969, ein paar Wochen vor der Kommunalwahl, die UWG zu gründen.



„Machtentzug war unser Ziel“

Klaus-Peter Hülder war nie ein Rebell im Sinne der 68er, aber berührt vom Geist der Revoluzzer war er schon. „Unsere Ziele waren andere, wir wollten endlich klare vernünftige demokratische Verhältnisse“, sagt Hülder, schließlich sei seinerzeit die politische Situation in Wattenscheid katastrophal gewesen. „Der Rat der Stadt Wattenscheid glied sich einem Geheimbund und die Ratsherren von SPD und CDU hatten mit den Interessen der Bürger überhaupt nichts am Hut. Es gab Hinterzimmer-Absprachen und undurchsichtige Interessensverwicklungen. Unser Ziel war daher klar: Machtentzug.“ In jener Zeit entstand das heute immer noch gültige Motto der UWG, „Klarheit-Wahrheit-Offenheit – Keine Politik unter Ausschluss der Öffentlichkeit“. Dass man mit dem Programm genau richtig lag, zeigten die Wahlergebnisse am 9. November 1969: Mit 11 Mandaten zog die Wählergemeinschaft in den Rat der Stadt Wattenscheid ein. Das waren 22,5 Prozent der Stimmen. Hülder: „Da war es mit der Selbstherrlichkeit, mit der die Sorgen der Bürger vom

Tisch gefegt wurde, vorbei, Manipulationen und Unregelmäßigkeiten wurden aufgedeckt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen.“ Die UWG setzte ein deutliches Signal. „Wir bewiesen, das es geht, dass man rein lokal und unabhängig von einem Kreis-, Landes- oder Bundes-Apparat arbeiten kann mit eigenen Entscheidungen auf eigene Verantwortung und nur den Bürger*innen verpflichtet.“

„Hände weg von Wattenscheid“

Ab 1972 wurde die Gebietsreform in NRW, und hier unter anderem ganz besonders der Zusammenschluss Wattenscheids mit Bochum, zum großen Thema der UWG. „Die Auseinandersetzungen waren heftig“, erinnert sich Hülder. In einer Volksabstimmung („Hände weg von Wattenscheid“) stimmten am 19.10.1972 96,4 Prozent der Wattenscheider Bürger für die Erhaltung der kommunalen Selbständigkeit. Der Rat der Stadt Wattenscheid votierte am 25.1.1973 einstimmig gegen die drohende Eingemeindung und plädierte alternativ für ein Städteverbandsmodell, das die Selbständigkeit erhalten hätte und gleichzeitig nur überregional zu lösenden Aufgaben im Verband ermöglicht hätte. Am 1.1.1975 wurden die kreisfreien Städte Bochum und Wattenscheid durch den Landtag zur neuen Stadt Bochum zusammengeschlossen. Gegen diesen Zusammenschluss wehrten sich der Rat und die Bürgerschaft in Wattenscheid und natürlich auch die UWG, die sich in den folgenden Jahren für die Rückgemeindung Wattenscheids zur selbständigen Stadt einsetzte und 1997 abermals scheiterte, obwohl „der Landtag in Düsseldorf in der Lage gewesen wäre, den Zustand zu korrigieren“, sagt Hülder. Vorausgegangen waren Bürgerbefragungen und eine durch neutrale Gutachter erstellte Überprüfung der Neuordnungsfolgen und eine 2. Abstimmung im Landtag zur Sache. „Es gab übrigens auch eine offizielle Befragung, die auch vom Rat der Stadt Bochum gewollt war. Immerhin 87,7 Prozent der nach dem Zufallsprinzip aus dem Melderegister ausgewählten 6500 Teilnehmern (1500 Wattenscheider und 5000 Bochumer) stimmten für die erneute Selbständigkeit.“ Grundlage für die Bemühungen, zur kommunalen Selbständigkeit zurückzukehren, war ein Beschluss des Bundesverfassungsgerichts, wonach zwar Eingemeindungen möglich sind, jedoch der „anhaltende Widerstand der Bevölkerung gegen die Eingemeindung“ höher zu werten sei als z.B. wirtschaftliche Erwägungen. Als anhaltend galt der Widerstand bei sechs Jahren. Doch es blieb alles wie gehabt.

„Es wird ein schöner Tag, die Wut ist noch da“

Noch einmal zurück in die 1970er-Jahre: 1975 kandidierte die UWG im gesamten Bochumer Stadtgebiet, erhielt knapp 11000 Stimmen und erreichte somit 4 Prozentpunkte. Doch wegen der damals geltenden Fünf-Prozent-Hürde und einer dazugehörigen Klausel schaffte es die UWG weder in den Rat der Stadt Bochum, noch in die neu geschaffene Bezirksvertretung in Wattenscheid. Erst drei Jahre später erklärte das Bundesverfassungsgericht das nordrhein-westfälische Kommunalwahlgesetz für verfassungswidrig. Und so zog die UWG erst am 22. Juni 1978 mit zwei Mandaten in die Bezirksvertretung ein. „Der Wahlkampf war für uns ein großer Kraftakt gewesen. Wir haben dann gesagt, wir konzentrieren uns nun ausschließlich auf Wattenscheid, obwohl es in Folge zahlreiche Bochumer Bürger*innen gegeben hat, die uns gerne gewählt hätten“, betont Hülder. Der Politikbetrieb ist kein Ponyhof. Da kann man schon mal an Entscheidungen und Entscheidungsfindungen verzweifeln. Aber die Brocken hinschmeißen, gab's für ihn nicht: „Ich habe dann immer gesagt: Es wird ein schöner Tag, die Wut ist noch da“, umschreibt Klaus-Peter Hülder die Energie, die ihn antrieb und die ihm auch die Vereinbarkeit von politischer Arbeit, Familie (verheiratet, eine Tochter) und Beruf (unter anderem als Betriebsrat bei Krupp) ermöglichte.

„Wattenscheid ist in Bochum nicht untergegangen“

Bei allem ehrenamtlichen Engagement war und ist ihm dies immer wichtig gewesen: „Als Bürger bürgt man für die Stadt, da fühlt man sich verantwortlich.“ Klaus-Peter Hülder, der neben der kommunalpolitischen Arbeit auch noch Zeit fand, in zahlreichen Vereinen und Verbänden aktiv zu sein, erhielt 1997 das Bundesverdienstkreuz am Bande, überreicht vom Bundespräsidenten Roman Herzog. 2008 wurde der umtriebige Kümmerer mit dem St. Gertrudis-Preis bedacht, der höchsten Auszeichnung in Wattenscheid. 2019 ernannte ihn die UWG: Freie Bürger zum Ehrenvorsitzenden.

Ob Stadtgarten, Hallenfreibad Höntrop, Kruppwald, Ortsumgehung Günnigfeld, Freilicht- und Waldbühne, Bergbauwanderweg, Hollandturm, Hilfs Hof, Kultur WG – es gibt zahlreiche Themen, auf die sich die UWG in besonderer Weise konzentriert hat. „Wir haben uns um Heimatverbundenheit bemüht und haben es vor allem bis heute erreicht, dass Wattenscheid in Bochum nicht untergegangen ist und immer noch eine wichtige Rolle spielt.“

Zunehmende Rechtsstreitigkeiten stören die Arbeit des Rates



„Durch die zunehmenden Rechtsstreitigkeiten zwischen Fraktionen/Gruppen und dem Rat bzw. der Stadtverwaltung wird nicht nur die Arbeitsfähigkeit

des Rates beeinträchtigt, sondern es müssen auch Finanzmittel aufgebracht werden“, sagt Jens Lücking von der **UWG: Freie Bürger** und hat in der vergangenen Ratssitzung eine entsprechende Anfrage formuliert.

So möchte der Fraktionsvorsitzende der Unabhängigen Wähler-Gemeinschaft von der Verwaltung wissen, wie viele Rechtsstreitigkeiten dieser Art es von 2014 bis heute gab und welche Fraktionen bzw. Gruppen wie oft daran beteiligt waren. In dem Zusammenhang, so Lücking, sei es auch interessant zu erfahren, „welchen Ausgang die Verfahren nahmen und wie hoch die Kosten waren, die die Stadtverwaltung direkt oder indirekt über Fraktionsmittel dafür aufwenden musste“. Die Antworten, so seine Bitte, sollen nach Fraktionen/Gruppen aufgeteilt dargestellt werden.

Bochum verfügt nun über elf Organspendeausweis-Boxen

Wir freuen uns, dass die Verwaltung auf unsere Initiative hin nun Organspendeausweis-Boxen installiert hat“, sagt Hans-Josef Winkler: „Diese Möglichkeit des unkomplizierten Zuganges sorgt sicherlich für mehr Akzeptanz bei den Bürger*innen.“ Elf Spenderausweis-Boxen finden sich zur Zeit in städtischen Einrichtungen im Bochumer Stadtgebiet: Drei Boxen im Historischen Rathaus, zwei im Technischen Rathaus, zwei im BVZ, zwei in der Junggesellenstrasse, eine im ehemaligen Postgebäude am Rathausplatz und eine Box am Westring, im Gesundheitsamt.

Das Scheckkartenformat der angebotenen Ausweise soll deutlich haltbarer sein als die Variante aus Papier. Ferner ist der Ausweis der Stiftung „Über Leben“ als erster mit Braille-Schrift versehen, so dass ihn auch Sehbehinderte gut von anderen Karten unterscheiden können. Der Boxen-Aufstellung vorausgegangen war ein Antrag der **UWG: Freie Bürger**-Ratsfraktion im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der im Oktober 2019 einstimmig beschlossen wurde.



Klassencontainer an Grundschulen sind auf die Dauer keine Lösung



Immer wieder wurde darauf aufmerksam gemacht, dass die von Rot/Grün beschlossenen Schließungen von Grundschulen in Bochum und Wattenscheid

zukünftig zu Mangel an Plätzen und Klassenräumen führen wird.

Aktuell findet eine Beschulung von Grundschulkindern mit 22 Klassenräumen in Klassenraumcontainer derzeit an 14 !!!! Bochumer Grundschulen statt, wovon hier ein Grundschulstandort in Planung ist, so die Antwort auf unsere Anfrage im Ausschuss für Schule und Bildung.

Das sind ganz klar 14 zu viel!

Weiterhin stellt die Verwaltung dar, dass nach Aufstellung des neuen Schulentwicklungsplans im Falle von Fehlbedarfen, Konzepte zum Ausgleich erstellt werden, Container sind hier nicht ausgeschlossen. Es wird dringend Zeit, langfristige Konzepte auch mit Erweiterungs- und/oder Neubauten zu erstellen.

Holt unsere Kinder aus den Containern!

Fördervereine kümmern sich um die digitale Infrastruktur

Viele Fördervereine verbessern durch Ihre Aktivitäten die digitale Infrastruktur in den Schulen. „Allerdings können für sie keine Anträge für den DigitalPaktSchule gestellt werden“, sagt Tim Pohlmann, Ratsmitglied und Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildung. Die NRW-Richtlinie über die Gewährung sieht vor, dass Anträge vor Beginn der Maßnahme durch den Zuwendungsempfänger eingereicht werden. „Da Fördervereine aber nicht als diese im Sinne der Richtlinie zu verstehen sind, können für die Maßnahmen keine Anträge gestellt werden. Daher versuchen sie nun verstärkt u.a. über Spendenaktionen Gelder zu sammeln.“ Ein Thema, das Fragen aufwirft, meint Pohlmann. Für seine Fraktion möchte er Antworten.

„Wie beurteilt die Verwaltung grundsätzlich die Tatsache, dass sich Fördervereine um die digitale Infrastruktur von Schulen bemühen müssen?“, schreibt Pohlmann in seiner Anfrage für den Schulausschuss. „Ich möchte auch wissen, ob nun die Fördervereine nach dem Rechtsgrundsatz der berechtigten Geschäftsführung ohne Auftrag gehandelt haben? Und wenn ja, ergibt sich aus dieser Tatsache ein Anspruch auf Aufwendungsersatz?“



Brenzlige Verkehrssituation an der Tenthoffstraße in Grumme bleibt bestehen



„Leider hat der Ausschuss mehrheitlich unseren Antrag abgelehnt. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Anwohner, die seit Jahren Lärm und Gerase an der

Tenthoffstraße ertragen müssen“, sagt Manfred Seidel, sachkundiger Bürger der **UWG: Freie Bürger** im Ausschuss für Mobilität und Infrastruktur. „Es muss wohl erst etwas passieren, damit das Thema relevant wird.“ Und darum ging's: „Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrssicherheit an der Querungshilfe auf der Tenthoffstraße durch Einbauten wie ‚Berliner Kissen‘ oder Bremsschwellen zu erhöhen. Besonders aus nördlicher Richtung nähern sich häufig Fahrzeuge mit überhöhter Geschwindigkeit der Querungshilfe. In Abstimmung mit der Bogestra müssten Modelle ausgewählt werden, die problemlos von Bussen passiert werden können“, so lautete der Antragstext. Seidel: „Die Verkehrssituation auf der Tenthoffstraße im Umfeld des Altenzentrums Kaiseraue ist trotz der Querungshilfe nicht zufriedenstellend und führt regelmäßig zu brenzligen Situationen.“

„Tausend Bänke Programm“ erweitern

„Unser ‚Tausend Bänke Programm‘ ist begrüßenswert. Noch attraktiver wäre es, würde man es erweitern. Und zwar mit farbenfrohen und robusten Kunststoff-Sitzgelegenheiten, die vor dem Schauspielhaus, dem Kunstmuseum oder dem Musikforum aufgestellt werden könnten – soweit es die Bochumer Bürgerschaft wünscht“, sagt Claudia Bolesta von der **UWG: Freie Bürger**, sachkundige Bürgerin im Ausschuss für Kultur und Tourismus. Bei ihrem Wien-Besuch kam ihr die Idee: Im dortigen MuseumsQuartier laden schick gestaltete Hofmöbel, auch als „Enzo“ bekannt, zum Relaxen und Verweilen ein und tragen damit wesentlich zum „Lebensraum MuseumsQuartier“ bei. „Durch die Hofmöbel hat sich das MuseumsQuartier zu einem der Lieblingsplätze der Menschen entwickelt.“ Die Idee, die Bochumer Bürgerschaft mitwirken zu lassen, wenn es um die Art der Bänke und den Aufstellungsort geht, sei gut angenommen worden. „So könnte doch auch mit der von uns vorgeschlagenen Möblierung verfahren werden“, sagt Bolesta und hat im Kulturausschuss angefragt, inwieweit es die Verwaltung für sinnvoll und durchführbar hält, diesen Vorschlag aufzugreifen und in geeigneter Form rechtzeitig umzusetzen.



KGV Thiemannshof: Umsiedlung nicht klimafreundlich

„Die Verwaltung betont stets, wie wichtig es ist, bei Bauvorhaben und städtebaulichen Veränderungen die Bürger*innen im Vorfeld mit einzubeziehen. Warum wurde das aktuell nicht im Fall der geplanten Umsiedlung des Kleingartenvereins Thiemannshof durchgeführt, bevor der Aufstellungsbeschluss den politischen Gremien vorgelegt wurde?“ Hans-Josef Winkler, Bezirks-Fraktionsvorsitzender der **UWG: Freie Bürger** in Wattenscheid und Mitglied im Planungsausschuss ist erstaunt, dass der Verein aus der Zeitung erfahren musste, dass der neue Standort ihrer Anlage, bislang an der Essener Straße ansässig, zukünftig auf dem Gebiet westlich der Straße Herrenacker in Westenfeld sein soll. „Durch die Verlegung der Anlage werden erneut zusätzliche Flächen versiegelt, was nicht im Sinne des 2019 von der Stadt ausgerufenen Klimanotstands sein kann. Da möchte ich schon wissen, wie viel Prozent der geplanten 30.000 qm auf dem Ersatzgelände, einschließlich des Ausbaus der Straße Herrenacker, der Parkplätze und des Vereinsheims versiegelt werden und wie hoch der Versiegelungsgrad der jetzigen Kleingartenfläche an der Essener Straße, wenn dort ein Gewerbegebiet entsteht, sein wird.“

Übervolle Abfallbehälter sorgen für Unmut

„Die Freizeitwege rund um Hiltrop, Bergen oder Gerthe erfreuen sich großer Beliebtheit“, hat Hans-Friedel Donschen, Bezirksvertreter der **UWG: Freie Bürger**, der mit Steffen Walter von der FDP im Bochumer Norden eine Fraktion bildet, festgestellt. Es seien vor allem Familien und Kinder, die kleinere und auch größere Fuß- und Radtouren auf den Strecken unternehmen. „Leider fehlt es dort oftmals an Abfallbehältern, sodass die Müll-Entsorgung neben der Strecke erfolgt oder an den wenigen, völlig überfüllten Abfallbehältern als Beipack abgelegt wird.“ In seiner Fraktions-Anfrage drängt Donschen auf klare Antworten: „Gibt es feste Vorgaben für die Aufstellung der Abfallbehälter und sind diese nachvollziehbar? Sind diese Festlegungen nach Art, Ausbau und Länge der Strecken unterschiedlich gegliedert und werden sie nach Zuständigkeiten unterschieden? Wie oft und von wem werden die Behälter kontrolliert bzw. geleert? Donschen: „Es kann nicht sein, dass auf dem Freizeitweg zwischen der alten und neuen Dietrich-Benking-Straße der Abfallbehälter wochenlang nicht geleert wurde. Die Folgen: Der Müll wird einfach achtlos im Umfeld verstreut.“



Kann sich unsere Stadt das „Haus des Wissens“ überhaupt leisten?



„Eines muss man vorweg sagen: Das geplante ‚Haus des Wissens‘ ist ein außergewöhnliches und sehr gutes Projekt, das von allen Seiten mit viel Einsatz getragen wird. Das gesamte Konzept ist toll, und es ist absolut wert, es auf der Grundlage der derzeitigen Planung auch umzusetzen“, sagt Tim Pohlmann, schulpolitischer Sprecher der UWG: Freie Bürger und Mitglied der Ratsfraktion. „Aber ich stelle mir auch die eine wichtige Frage: Kann sich unsere Stadt das überhaupt leisten?“

Dass in der großen Sitzung mit den Mitgliedern der Ausschüsse für Kultur und Tourismus, Schule und Bildung sowie Integration mit großer Mehrheit für die vorliegenden Pläne zum „Haus des Wissens“ gestimmt wurde, lag für ihn auf der Hand. „Allerdings habe ich mich bei der Abstimmung enthalten. Wir werden unsere endgültige Entscheidung Ende Juni in der Ratssitzung darstellen und erläutern.“

Denn schaue man in die Verwaltungsvorlage, dann seien doch einige Punkte kritisch zu betrachten: „Da findet sich bereits jetzt schon in der Summe eine Kostensteigerung um 7,5 Mio. €. Nicht gelistet sind fehlende Kostengruppen, vor allem unter dem Punkt ‚Inventar‘. Es ist von Fördergeldern die Rede, die aber nicht näher spezifiziert sind. Im Klartext: Keiner weiß bislang, woher sie kommen werden und wie hoch sie ausfallen werden“, merkt Pohlmann an. Zwar gebe es eine Kostengrenze von 90 Mio. €, doch diese wird laut Dezernent Dietmar Dieckmann nicht zu halten sein und die 100 Mio. € sicherlich übersteigen. „Die Planung für das

Vorhaben läuft bis 2026. Wie sich bis zu dem Zeitpunkt die Kosten, vor allem nach oben, entwickeln werden, kann derzeit keiner sagen. Zudem sind noch keinerlei Betriebskosten für das ‚Haus des Wissens‘ angesetzt worden. Und zur Wirtschaftlichkeit gibt es auch noch keine Angaben.“

Tim Pohlmann macht sich Gedanken darüber, dass aktuell die Fördervereine an den Schulen zusätzliche Gelder für digitale Infrastrukturen akquirieren müssen, dass viele Schulgebäude marode sind und einer Sanierung bedürfen, dass allein 3 Mio. € zur Sanierung der Waldbühne in Wattenscheid fehlen, dass die Bezirks-Stadtbüchereien attraktiviert werden müssten. „Das sind nur einige Beispiele, die aufzeigen, dass es in Bochum und Wattenscheid derzeit an vielen Stellen hakt. Diese Baustellen erfolgreich und im Sinne der Bürger*innen zu beenden und abzuschließen, wäre zunächst das Gebot der Stunde. Und dann könnte sich die Stadt auch mit bestem Gewissen auf das kommende Großprojekt am Rathausplatz konzentrieren“, konstatiert Pohlmann.

Sofortmaßnahme: Abfalleimer sollen über ein Spender-Konzept beschafft werden



Für eine Sofortmaßnahme zur Müllvermeidung im öffentlichen Raum spricht sich die Fraktion der UWG: Freie Bürger aus, die einen entsprechenden Antrag in den Rat eingebracht hat. „Konkret geht es darum, dass zunächst an allen Bänken aus dem Bochumer ‚1000 Bänke Programm‘ vernünftig dimensionierte Abfallbehälter aufgestellt werden, die über ein von der Verwaltung initiiertes Spender-Konzept beschafft werden sollen“, sagt Hans-Josef Winkler.



In einigen deutschen Städten gebe es bereits seit Jahren gute Erfahrungen mit Sponsoring-Konzepten für öffentliche Abfallbehälter. „Geschäfte, Unternehmen, Vereine und auch Bürger*innen können die Aktion werbewirksam unterstützen, indem sie einen oder mehrere Papierkörbe ‚sponsorn‘. Viele Firmen sehen es positiv, wenn sie in der Nähe ihres Geschäfts oder an einer bestimmten Stelle in der Stadt auf ‚ihren‘ Papierkorb hinweisen und so demonstrieren können, dass auch sie einen Beitrag für mehr Sauberkeit geleistet haben. Und so, wie es bei den gespendeten Bänken üblich ist, gibt’s auch für den Abfalleimer eine Plakette, die auf den Spender hinweist“, erläutert Ratsherr Winkler den Antrag.

Bis 2020 sollten zusätzlich bis zu 1000 Bänke im gesamten Stadtgebiet die Aufenthaltsqualität deutlich verbessern. OB Thomas Eiskirch hatte dazu im Mai 2018 aufgerufen, unterstützt von der Bochumer WAZ, und

damit auf einen häufig geäußerten Wunsch der Bürger*innen nach mehr Verweilqualität reagiert. „Aktuell ist seit dem Startschuss der Aktion das Stadtgebiet um knapp 600 Bänke bereichert worden. Wenn auch nicht das angestrebte Ziel von 1000 erreicht wurde, so ist doch ein erfreulicher Teilerfolg gelungen. Leider ist zu bemängeln, dass bei den meisten der aufgestellten Bänke eben ein Abfalleimer fehlt.“

Allerdings müsse man, sagt Winkler auch, bei neuen Abfalleimern darauf achten, dass sie ein entsprechendes Volumen aufweisen und dass sie grundsätzlich „tiersicher“ sind. „Die Sauberkeit im öffentlichen Raum in unserer Stadt lässt vielerorts zu wünschen übrig. Überquellende Mülleimer und achtlos geworfener Abfall sorgt teilweise auf Plätzen oder in Grünanlagen für eine stark geminderte Aufenthaltsqualität. Allerdings ist nicht jeder Müll, der in der Gegend herumfliegt, von Menschenhand verstreut worden.“

Antrag für Beitritt der Stadt Bochum in den Städtebund „Die Hanse“

Mitgliedschaft im Städtebund bietet auch Jugendlichen viele Vorteile

„Bochum und Wattenscheid können auf eine lange hanseatische Geschichte zurückblicken. Wattenscheid wurde 1554 Mitglied der Hanse, über den Hellweg konnte die Ware im gesamten Hansegebiet verteilt werden. Auch Bochum wurde durch die Lage am Hellweg im 16. Jh. zur Hansestadt“, sagt Tim Pohlmann, Ratsmitglied der UWG: Freie Bürger. Daher sei es nun an der Zeit, dem Städtebund „Die Hanse“ beizutreten.

Seine Fraktion hat den Antrag gestellt, dass der Rat dieses Vorhaben beschließen möge. „Es hat viele Vorteile, Mitglied zu sein. Nicht nur, dass neben der Herausstellung der historischen Gemeinsamkeiten zahlreiche Wissens-, Sozial- und Informationstransfers zwischen den deutschen und europäischen Mitgliedsstädten stattfinden“, betont Pohlmann. Durch den Beitritt würde Bochum Mitglied in der weltweit größten freiwilligen Städtegemeinschaft werden und könne durch den Austausch mit über 190 Städten aus 16 Ländern enorm profitieren.

„Einen besonderen Fokus legt der Städtebund auf die Arbeit der **Jugendorganisation ‚youthHanse‘**. Der Austausch zwischen Jugendlichen und die Durchführung von konkreten Projekten ist eine große Chance auch für junge Bochumer*innen, nach der für sie besonders schweren Zeit seit Beginn der Pandemie, neue Vernetzungwege auszuprobieren. Hier kann die Bochum aktiv handeln und im gegenseitigen Miteinander Projekte entwickeln“, sagt Pohlmann. Außerdem kommen alle Städte am alljährlichen Hansetag zusammen und

begehen ein gemeinsames Volksfest. In diesem Zusammenhang erhielt Bochum die Möglichkeit, für sich auf internationaler Bühne zu werben. Der finanzielle Aufwand wird im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung von allen Mitgliedern solidarisch getragen. Die Kosten für die Mitgliedschaft im Städtebund würden sich für Bochum auf 2.000 € pro Jahr belaufen. Die Mitgliedschaft im HanseVerein e.V. ist nicht mit zusätzlichen Kosten verbunden.

Der Städtebund „Die Hanse“ wurde 1980 in Zwolle gegründet und versteht sich als aktives Netzwerk zwischen Städten, die in der Geschichte zum Bund der Kaufmannsstädte, also der historischen Hanse, gehörten bzw. mit diesen Städten im regen Handelsaustausch standen. Ziel des Städtebundes ist es, einen Beitrag zur wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und staatlichen Einigung Europas zu leisten und in diesem Sinne das Selbstbewusstsein der Städte und Gemeinden zu stärken, damit sie ihre Aufgaben als Ort der lebendigen Demokratie wahrnehmen können.

Weitere Infos: www.hanse.org

Finde die Fehler



Wir haben im unteren Bild 11 Fehler versteckt. Finden Sie sie?



Kontakt:

UNABHÄNGIGE WÄHLER-GEMEINSCHAFT

UWG: Freie Bürger

Immer für Sie ansprechbar – die Mitarbeiter der Ratsfraktion: **Holger Happe**, **Andreas Friedewald** und **Ulli Engelbrecht** (Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)



So erhalten Sie Informationen über unsere Arbeit!



Bürgersprechstunden persönlich und telefonisch in unseren Büroräumen

Kontakt, Termine und tagesaktuelle Meldungen finden Sie unter:

www uwg-freie-buerger.de

☎ Telefon: 0234 910-1983

✉ info@uwg-freie-buerger.de

f facebook.com/uwgfrieiebuerger

📷 instagram.com/uwgfrieiebuerger_bo

🐦 twitter.com/uwgfrieiebuerger



„Banksprechstunde“ an den von uns gestifteten Bänken



Marktsprechstunden mit unseren Mandatsträgern im gesamten Stadtgebiet



Schaukästen im Stadtgebiet